

Kommunale Rückschau.

Die Anforderungen an die Wiener Gemeindeverwaltung sind im Verlaufe der siebzehn Kriegsmomente ins Ungeheure gewachsen. War schon in Friedenszeiten bei der ständigen Zahl dringender Investitionen die Erhaltung des Gleichgewichtes im Stadtkaushalt nicht leicht, um wieviel schwieriger unter den gegenwärtigen außergewöhnlichen Verhältnissen, da die Ansprüche an die Stadtkassen sich steigern und die Pflicht der Gemeinde auf Wahrung öffentlicher Interessen gebieterisch Vorkehrungen auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege und der Approvisionnement heißt. Ein Rückblick auf die Leistungen der Wiener Gemeindeverwaltung im abgelaufenen Jahre veranschaulicht die Tatsache, daß das Budget nur mit Mühe bilanziert werden konnte. Mit dieser Feststellung, die der Bürgermeister in Versammlungen wiederholt vorbrachte, ist auch schon der Umfang der im zweiten Kriegsjahre durchgeführten und noch zu bewältigenden Aufgaben angedeutet. Unsere Stadtwähler sind zweifellos von den besten Absichten erfüllt. Ihre Aktionen offenbaren das Bestreben, Schwierigkeiten wirksam zu begegnen, für das Wohl der Gesamtheit einzutreten, über der Not des Augenblicks auch nicht die für die Zukunft unerlässlichen Voraussetzungen aus dem Auge zu verlieren. Freilich erwiesen sich manche Vorkehrungen als unzulänglich und manchen Bemühungen blieb der Erfolg versagt. Die tieferen Ursachen solcher bedauerlichen Fehlschläge und Mißgriffe liegen einerseits in organisatorischen Mängeln, andernteils in der Ohnmacht der Gemeinden, wirklich so einzugreifen, wie guter Wille und energische Hilfsbereitschaft es verlangen. Der Wirkungskreis der Gemeinde ist eben verhältnismäßig eng, ihr Einfluß auf staatliche Verfügungen begrenzt.

Auf dem letzten Städtetag ist das Lied von der Ohnmacht der Gemeinden in allen Tonarten erklingen. Sämtliche Redner führten darüber Klage — am lautesten der Bürgermeister von Wien — daß die Gemeinde überall Mägenhördel und Sündenbock ist, daß immer wieder der Versuch gemacht wird, für alle Fehler und Unterlassungen auf dem Gebiete der Approvisionnement, des Verkehrswezens und anderer Zweige der Gemeinde die ganze Schuld aufzulasten. Diese Beschwerden sind zum Teile gewiß begründet, nur darf dabei nicht übersehen werden, daß mit Klagen allein Mißständen leider nicht abgeholfen wird. Diese Erkenntnis hat sich die Gemeindeverwaltung auch nicht verschlossen. Ihre Aktionen während der letzten Monate zeigen das Bestreben, überall helfend einzugreifen, die Begleiterscheinungen des Krieges abzuwehren und zu mildern und vornehmlich in der brennendsten Frage, der Approvisionnement, nach Möglichkeit Erleichterungen zu schaffen.

Von großer Bedeutung im abgelaufenen Jahre waren die Verfügungen des Bürgermeisters und die Beschlüsse des Stadtrates auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge. Die Aktion erstreckte sich nicht allein auf die städtischen Angestellten, sondern auch auf die Unterstützung hilfsbedürftiger Bürger und Arbeiter. Die im Wiener Rathaus organisierte Fürsorgeaktion, in der sich die Frauen Wiens hervorragend betätigten, war von besten Erfolgen begleitet. Notstandsbauten wurden zur Belebung des Arbeitsmarktes aufgeführt und die Vergabung von Lieferungen an Wiener Gewerbetreibende wirkte befruchtend auf die Geschäftsverhältnisse. Nicht geringe Schwierigkeiten hatten die städtischen Straßenbahnen zu beheben. Im Sommer und im Herbst mußten neuerlich viele Tausende Bedienstete zum Kriegsdienste einrücken. Dem dadurch sich ergebenden Personalmangel wurde durch Heranziehung weiblicher Hilfskräfte abgeholfen. Die Institution der Schaffnerinnen lebte sich bald ein und nun leben

rund 200 Frauen und Mädchen im städtischen Verkehrsdienste. Auch in anderen kommunalen Anstalten werden Frauen verwendet, sie sitzen in städtischen Ämtern und sind sogar bei der Strafbekämpfung in der überwiegenden Mehrzahl. Die Verkehrsverhältnisse, sowohl auf den Straßenbahnlinien, als auch im Omnibusbetriebe, sind naturgemäß nicht einwandfrei und gewiß verbesserungsbedürftig. Im allgemeinen ist aber auch hier mit der Zeit Wandel geschaffen und eine Regelung eingeführt worden, die den Bedürfnissen des Publikums hinreichend entspricht.

Die Aktionen in der Lebensmittelversorgung litten unter der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse. Immerhin gelang es den Bemühungen der Stadtvertretung, manche Härten zu mildern und vor allem in der Brotfrage erfolgreich einzugreifen. Die Mehlkrise wurde eingedämmt, und wenn auch in den letzten Wochen einschränkende Maßnahmen getroffen wurden, bleibt die Bevölkerung doch vor einer Wiederholung der Mißstände im vorjährigen Winter behütet. Nicht vergessen darf die Verwendung der Straßenbahn für die Zufuhr von Lebensmitteln werden. Sie erwies sich angesichts der Verminderung des Pferdefuhrwerkes als dringend notwendig. Durch die Kartoffelanläufe und Einlagerung in Hallen, wo der Verkauf stattfindet, durch Anlage eigener Kartoffelmieten sorgte die Gemeinde für genügenden Bedarf dieses unentbehrlichen Nahrungsmittels. Für die Fleischversorgung dient ein im Bau begriffenes großes Kühlwerk, das im kommenden Jahre bereits fertiggestellt werden dürfte.

Besondere Anerkennung verdient die großzügige Aktion der Gemeinde in der Frage der Kriegerheimstätten. Im Deutschen Reich hat eine Bewegung mächtig eingesetzt, welche dahin geht, heimkehrenden Kriegern, insbesondere invaliden, die Schaffung eines eigenen Heims zu ermöglichen. Ein tiefster Gedanke liegt dieser Bewegung zugrunde. In Deutschland wurde die Wichtigkeit der Ansiedlung von Kriegern in Wohn- und Wirtschaftsheimstätten erkannt und es sind bereits die Grundzüge zur Errichtung derselben für ein Reichsgesetz ausgearbeitet. Auch bei uns hat man sich der eminenten Bedeutung der Kriegerheimstätten nicht verschlossen. Durch die erlassenen Beschlüsse des Wiener Stadtrates über die Beteiligung der Gemeinde an dem Wiener Kriegerheimstättenfonds mit dem Betrage von 500.000 Kronen, durch die Ueberweisung städtischer Gründe in Wien im Ausmaße von 13.942 Quadratmeter, durch Bürgerschaftsleistung für eine Belehnung des Baurechtes mit einer Million Kronen, durch die Übernahme der hantlichen Ausführung auf Kosten des Fonds, doch ohne Anrechnung von Kosten für die Mitwirkung des im Bau durchführenden Stadtbauamtes, hat die Gemeinde die erteilte Unterstützung des edlen Werkes gesichert. Hierbei rechnet die Gemeinde auf die ausgiebige Unterstützung des Staates und auf die Förderung durch die Privatwohlthätigkeit. Ansehnliche Einnahmen von Firmen, Körperschaften und Philanthropen sind bereits erfolgt. Es steht zu erwarten, daß im kommenden Jahre das Projekt weitere Fortschritte machen wird. Seine Vollendung wird einen Markstein in der Geschichte Wiens bilden, eine seine Entstehung zu den wertvollsten Errungenschaften im abgelaufenen Jahre zählt.